

KBV-Chef Gassen fordert klares Bekenntnis zur Niederlassung

Gröhe gibt Einblick auf mögliche zweite Legislaturperiode/Diskussion zur Sicherstellung

Ja zu einem neuen Belegarztwesen, nein zur „Wunderwaffe Telemedizin“: So sieht die KBV die ambulante Versorgung der Zukunft. Für den Fall eines CDU-Wahlsiegs kündigte Gesundheitsminister Gröhe weitere Unterstützung an.

Von Julia Frisch



Im Gespräch: Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) diskutierte am Mittwoch unter anderem mit KBV-Vize Dr. Stephan Hofmeister und KBV-Chef Dr. Andreas Gassen (von links) die Zukunft der Versorgung. © KBV

Erneut mahnte er eine größere Vernetzung zwischen den Sektoren an und bedauerte das schleppende Vorankommen bei der spezialfachärztlichen ambulanten Versorgung: „Ich wünschte, da wären wir weiter.“ Darüber hinaus verlangte Gröhe ein weniger „angstbesetztes“ Agieren der Selbstverwaltung. „Wir brauchen beides“, sagte Gröhe mit Blick auf den ambulanten und stationären Sektor.

Gassen betonte den Standpunkt von KBV und KVen, nach dem die Versorgungsstrukturen in den Regionen dem künftigen Bedarf angepasst werden müssen. Dazu gehöre auch, überzählige Krankenhausbetten abzubauen. Das heiÙe nicht, dass generell Krankenhausstandorte geschlossen werden sollten. An den Standorten seien aber auch andere ambulante Versorgungsformen wie etwa MVZ möglich, so Gassen.

BERLIN. Vertragsärzte bekommen aus der Politik nicht genug Rückhalt für ihre Arbeit. Diese Klage führte der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) Dr. Andreas Gassen auf dem KBV-Sicherstellungskongress am Mittwoch. Bei einer Diskussion mit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) forderte er ein „nachhaltiges Bekenntnis der Politik zu der Versorgungsform der Niedergelassenen“.

Ein solches Bekenntnis habe die Politik längst abgegeben, erwiderte Gröhe. Es stehe in den Taten der vergangenen Jahre, und es stehe im Koalitionsvertrag. Es werde, versprach Gröhe, auch im nächsten Koalitionsvertrag stehen, sollte die CDU einen erfolgreichen Wahlausgang verbuchen. Zu der wieder aufgeflamten Diskussion um die Bürgerversicherung sagte Gröhe, dass er es vernünftiger finde, über „Behandlungsbedarfe“ zu reden. Nur so löse man die Probleme auf dem Land. „Wir können keine Zeit damit verschwenden, in abstrakte Systemdebatten zu gehen. Wir werden uns auf konkrete Dinge konzentrieren“, kündigte Gröhe für eine mögliche weitere Legislaturperiode an. „Wir werden uns da nicht verheddern.“

KBV-Chef Andreas Gassen betonte, dass zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch die KVen eine engere Zusammenarbeit mit den Kliniken gehöre. „Wir wollen deshalb das Belegarztwesen neu definieren, womöglich werden wir auch einen neuen Namen dafür finden müssen“, so Gassen. Kern eines neuen Belegarztwesens könnten zentrale Einrichtungen mit einem Bettentrakt sein, „an denen alle Facharztgruppen beteiligt werden“, sagte Gassen. Die Koordination der Patienten könnten die Hausärzte übernehmen. Das biete den Patienten eine Kontinuität der Betreuung.

Telemedizin hingegen gehört laut Gassen nicht zu den großen Pfeilern der künftigen Sicherstellung. Die Telemedizin werde „dramatisch überschätzt“. Sie sei nicht die Antwort auf die Versorgungsfragen, sondern nur ein Hilfsmittel. In Bezug auf die Notfallversorgung kündigte der KBV-Chef an, dass die KVen daran arbeiten, über die Nummer 116 117 künftig die Patienten zu lenken.

Auch Gröhe erläuterte auf dem Kongress, wohin es aus seiner Sicht bei der Gesundheitsversorgung laufen soll:

Telemedizin wird dramatisch überschätzt. Sie ist nicht die Antwort auf die Versorgungsfragen, sondern nur ein Hilfsmittel.

Dr. Andreas Gassen

KBV-Vorstandsvorsitzender